

Nachricht gesendet am 16.05.2012 um 9.31 h

An: 'rechtsausschuss@bundestag.de'

Cc: 'verteidigungsausschuss@bundestag.de'

Betr.: Gerichtsstand f. Bundeswehr-Auslandsverwendung, Gesetzentwurf der Bundesregierung

Verteiler: Mitglieder des (federführenden) Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, nachrichtlich: Mitglieder des (mitberatenden) Verteidigungsausschusses; informell: ausgewählte Medien und interessierte Öffentlichkeit in Politik und Gesellschaft

Betr.: **Gerichtsstand für Bundeswehr-Auslandsverwendung, Gesetzentwurf** der Bundesregierung (BRat-Drs. 174/12, ohne Einwände angenommen, beschlossen am 11. Mai 2012) Dokumente unter: www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de Rubriken: >Neuigkeiten< und >Stellungnahmen<

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz bittet die Mitglieder des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, nach Eintreffen der Gesetzesvorlage im Rechtsausschuss eine öffentliche Anhörung zu dem im Betreff genannten Gesetzesvorhaben zu beschliessen.

Die beigefügte Pressemitteilung zur Sache ist ab sofort auf der Web-Seite <http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/index.php?page=pressemitteilungen> jederzeit einsehbar; sie komprimiert die Begründung unserer Bitte und will zur Information der Öffentlichkeit beitragen.

Wir danken bereits im Voraus für Ihre Aufmerksamkeit und Mühe in dieser Angelegenheit.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Knebel, Schriftführer im Vorstand der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V., Bremen; www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de

Anlage: - Datei >PMBV20120516.pdf< (177 KB)

Kontaktdaten:

Günter Knebel

Ludwigsburger Str. 22

D-28215 Bremen

Tel.: ++49.421.374557; mobil: 0160.91966234 (AB für Rückruf)

E-Mail: Knebel-Bremen@t-online.de